

*Stadtparlament vom 23. September 2025*

**Traktandum 7: Nachtrag VII zum Geschäftsreglement des Stadtparlaments**

**Abänderungsantrag der FDP/Jungfreisinnige-Fraktion**

**Die FDP/Jungfreisinnige-Fraktion beantragt Ihnen Abs. 4 von Art. 56 des Geschäftsreglements ersatzlos zu streichen.**

Die Begründung finden Sie auf der nachfolgenden Seite.

Teile der FDP-/Jungfreisinnigen Fraktion beantragt die ersatzlose Streichung von Art. 56 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Stadtparlaments («Anträge zu budgetmässig gebundenen Posten sind nicht zulässig.»). Weshalb?

Art. 56 Abs. 4 schafft mehr Unklarheit als Ordnung. Nicht nur bei der Einführung, sondern auch in zehn Jahren wird sich die Auslegung daran reiben, was «gebunden» ist – insbesondere, was als «Kerngehalt» einer Aufgabe gilt. Ein gesetzlicher Auftrag definiert ein Ziel, nicht das Mittel. Tempo-20 kann mittels Signalisation oder durch bauliche Umgestaltungen erreicht werden – beides erfüllt den Auftrag, aber mit völlig unterschiedlichem Mitteleinsatz. Dasselbe gilt bei Ersatzbeschaffungen (z. B. Polizeifahrzeug): der Auftrag bleibt, doch die Ausführung ist abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Umsetzung. Auch gebundene Ausgaben lassen sich durch Effizienz und Wahl kostengünstiger Varianten allenfalls reduzieren, ohne den Kernauftrag anzutasten.

Selbst wenn man der These folgte, gebundene Ausgaben seien in der Budgetdebatte unantastbar, beträfe dies einzig Positionen, die durch übergeordnetes Recht strikt vorgegeben sind (z. B. kantonal geregelte Lehrerlöhne oder vertraglich fixierte Leistungsvereinbarungen). Deren Schutz ergibt sich bereits aus dem höherrangigen Recht bzw. den Verträgen – dafür braucht es keinen zusätzlichen Parlamentsvorbehalt im Geschäftsreglement. «Gebundenheiten», die bloss auf Beschlüssen des Stadtparlaments oder des Stadtrats beruhen, können vom Parlament jederzeit wieder geändert werden; das ist der Sinn der Budgethoheit.

Die aktuelle Regelung (ohne Abs. 4) ermöglicht es, im Rahmen von Budgetanträgen sachlich darüber zu diskutieren, was als Kerngehalt zu gelten hat, und den Stadtrat ausdrücklich zu effizienteren Lösungen mit weniger Mitteln zu verpflichten. Mit Abs. 4 würde sich die Machtsymmetrie zulasten des Parlaments verschieben: Statt zu beraten und zu entscheiden, hätte das Parlament seine Anträge vorab zu «legitimieren», ob sie überhaupt zulässig seien. Je nach Auslegung – heute oder in zehn Jahren – wären Kürzungsanträge faktisch blockiert. Das schwächt die Kontrollfunktion des Stadtparlaments.

Das Budget bleibt rechtlich eine Ermächtigung. Der Stadtrat kann, wo zwingendes Recht oder Verträge entgegenstehen, einen Parlamentsauftrag in der Ausführung begründet korrigieren oder zurückkommen. Damit wird eine inhaltlich intensive Debatte erzwungen, in der der Stadtrat seine Mittelwahl und Priorisierung gegenüber dem Parlament substantiiert rechtfertigen muss. Umgekehrt braucht das Parlament die Möglichkeit, Effizienz- und Priorisierungsentscheide über das Budget zu steuern. Andere Gemeinden – etwa Gossau – kommen ohne den gesamten Artikel 56 aus und behandeln das Budget wie jedes andere Geschäft.

Fazit: Art. 56 Abs. 4 ist entbehrlich, auslegungsanfällig und schwächt die Budget- und Kontrollrechte des Stadtparlaments. Seine Streichung stellt die klare Verantwortungsordnung sicher: Zielbindung durch Gesetz, Mittelwahl unter Effizienzgesichtspunkten durch Politik und Verwaltung – mit letzter Entscheidung beim Parlament.